

**Niederschrift Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz und
Rettungswesen
(Sitzung GFR/001/2011)**

am 02.02.2011	von 16:00 Uhr bis Uhr 18:45
im Sitzungsraum im Erdgeschoss des Kreishauses, EG 27/28, Moltkestraße 42, 51643 Gummersbach	

Teilnehmer:

Vorsitz Schuchardt-Kaganietz, Doris
--

Mitglieder	Bemerkungen
Frau Doris Schuchardt-Kaganietz SPD	
Herr Christoph Hastenrath SPD	
Frau Ina Albowitz-Freytag FDP	
Herr Wolfgang Brelöhr SPD	
Frau Monika Höfer CDU	
Herr Manfred Hücker CDU	
Herr Dr. Ralph Krolewski GRÜNE	
Herr Michael Lang LINKE	
Herr Harald Langusch CDU	Vertretung für Frau Larissa Bödecker
Herr Dr. Michael Naudorf CDU	
Herr Rudi Nurk SPD	
Herr Klaus Peters FDP	
Herr Karl Heinz Richter CDU	
Herr Rolf Schäfer CDU	
Herr Uwe Söhnchen GRÜNE	Vertretung für Herrn Jürgen Grafflage
Herr Gerd Werner CDU	

Entschuldigte Mitglieder

Frau Larissa Bödecker	CDU	Vertretung: Herr Harald Langusch
Herr Jürgen Grafflage	GRÜNE	Vertretung: Herr Uwe Söhnchen

Teilnehmer Verwaltung

LKMD	Dr. Jorg Nürnberger
KAR	Hans-Uwe Koch
Leiter Rettungsdienst	Dr. Ralf Mühlenhaus
KOAR	Wolfgang Hamm
KVR	Alfred Latz
KSAR	Hubertus Vierschilling
VA	Karin Keller

Gäste:

Frau Hahmann, Diakonie Michaelshoven/Wohnungslosenhilfe
Herr Marzinkowski, Sprecher der Wohlfahrtsverbände
Frau Potthoff, Diakonisches Werk, Kirchenkreis Lennep
Herr Rothausen, Caritasverband für den Oberbergischen Kreis
Herr Sändker, " "

Die Niederschrift führt Alfred Latz.

Die Vorsitzende, KTM Schuchardt-Kaganietz eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Feuerschutz und Rettungswesen und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Gäste und die Presse.

Sie stellt fest, dass unter dem 17.01.2011 ordnungsgemäß eingeladen worden ist und dass die Beschlussfähigkeit vorliegt. Frau Schuchardt-Kaganietz weist darauf hin, dass unter dem 02.02.2011 ein Nachtrag zur Einladung als Tischvorlage vorliegt. Daraufhin fasst der Ausschuss folgenden **einstimmigen** Beschluss:

Beschluss Nr. 1:

Der Ausschuss ist mit der Erweiterung der Tagesordnung gemäß Nachtrag einverstanden.

Anschließend weist die Vorsitzende darauf hin, dass die Niederschrift über die in der Sitzung gefassten Beschlüsse von Herrn Michael Lang mit unterzeichnet wird.

Die Tagesordnung in der Fassung des 1. Nachtrages vom 02.02.2011 ergibt sich somit wie folgt:

Tagesordnung

Ifd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
-------------	--------------------	----------------

A Öffentlicher Teil		
1	Einwohnerfragen	
2	Durchführung des Heilpraktikergesetzes hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Oberbergischen Kreis und der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Aufgabenübertragung im Bereich der Durchführung des Heilpraktikergesetzes "Kenntnisprüfung eingeschränkte Heilpraktikererlaubnis Physiotherapie"	0001/2011/III
3	Untersuchung zur Wohnungsnotfallhilfe im Oberbergischen Kreis	0002/2011/III
4	Vorstellung einer aktuellen Studie zur Gefährdungsbewertung von Alkohol und Drogen	0003/2011/III
4.1	Ziele und Kennzahlen im NKF	0056/2011/III
5	Haushaltsplanberatungen	
5.1	Haushaltssatzung 2011/Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014 Produktbereich: 1.02 Sicherheit und Ordnung (Produktgruppen: 1.02.10 Bevölkerungsschutz, 1.02.11 Rettungsdienst)	0004/2011/I
5.2	Haushaltssatzung 2011/Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014 Produktbereich: 1.07 Gesundheitsdienste (Produktgruppen: 1.07.01 Gesundheitsförderung, 1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen, 1.07.03 Gesundheitshilfe, 1.07.04 Gesundheitsschutz) unter Einbeziehung von zwei Anträgen der Suchthilfeträger (Diakonisches Werk des Kirchenkreises Lennep vom 06.09.2010 und des Caritasverbandes für den Oberbergischen Kreis vom 11.10.2010) auf Anhebung der Kreiszuschüsse zu den Kosten der Suchtberatungsstellen.	0005/2011/III

6	Anträge	
7	Anfragen	
7.1	Veränderungen im Trauma-Konsensus Oberberg durch die Umstrukturierungen der Unfallchirurgie in Waldbröl; Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.01.2011	0047/2011/I
8	Mitteilungen	
8.1	Mitteilung aus dem Bereich Rettungsdienst	
B Nichtöffentlicher Teil		
9	Anträge	
10	Anfragen	
11	Mitteilungen	

* * * * *

A Öffentlicher Teil		
Zu TOP 1:	Einwohnerfragen	
	Einwohnerfragen liegen nicht vor.	

Zu TOP 2:	Durchführung des Heilpraktikergesetzes hier: Abschluss einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Oberbergischen Kreis und der Landeshauptstadt Düsseldorf zur Aufgabenübertragung im Bereich der Durchführung des Heilpraktikergesetzes "Kenntnisprüfung eingeschränkte Heilpraktikererlaubnis Physiotherapie"	0001/2011/III
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Herr Dr. Nürnberg gibt zusätzliche Erläuterungen. Insbesondere wird darauf hingewiesen, dass dem Oberbergischen Kreis durch den Abschluss der Vereinbarung keine Kosten entstehen. Die der Landeshauptstadt Düsseldorf für die Aufgabenerledigung entstehenden Kosten werden durch die von den Antragstellern zu zahlenden Ge-</p>	

	<p>bühren (Überprüfungsgebühr 300 €/Erlaubnisurkunde 52 €) gedeckt.</p> <p>Nach ergänzenden Fragen von Frau Albowitz-Freytag und Herrn Dr. Krolewski fasst der Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz und Rettungswesen folgenden <u>einstimmigen</u> Beschluss:</p>
<p>Beschluss Nr. 2:</p> <p>Der Kreistag des Oberbergischen Kreises stimmt der als Anlage beigefügten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Erteilung der eingeschränkten Heilpraktikererlaubnis für das Gebiet der Physiotherapie zwischen dem Oberbergischen Kreis und der Landeshauptstadt Düsseldorf zu.</p>	

Zu TOP 3:	Untersuchung zur Wohnungsnotfallhilfe im Oberbergischen Kreis	0002/2011/III
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Frau Susanne Hahmann von der Diakonie Michaelshoven e.V./Wohnungslosenhilfe stellt die Studie „Umfang und Struktur der Wohnungsnotfallhilfe im Oberbergischen Kreis“ vor. Die Gesellschaft für Innovative Sozialforschung (GISS) aus Bremen analysierte im Rahmen der Untersuchung die Struktur der Hilfesysteme im Oberbergischen Kreis und kam zu dem Ergebnis, dass im Oberbergischen Kreis eine fachgerechte und angemessene Versorgung sichergestellt ist. Im Oberbergischen Kreis können alle Beratungsstellen angelaufen werden und bei Bedarf erfolgt eine Vermittlung zu weiteren Hilfeangeboten. Die enge Zusammenarbeit aller Mitarbeiter wird als sehr positiv bewertet.</p> <p>Der Vortrag von Frau Hahmann ist der Niederschrift als <u>Anlage 1</u> beigefügt.</p> <p>Es folgt eine rege Diskussion, an der sich insbesondere Herr Schäfer, Frau Albowitz-Freytag, Herr Nurk, Herr Hastenrath, Herr Dr. Krolewski, Frau Höfer und Frau Schuchardt-Kaganietz beteiligen. Fragen zu Fallzahlen, eingesetzten Mitarbeitern und zum Betreuungsumfang werden von Frau Hahmann beantwortet. Ein Problem wird im Mangel an Ein-Personen-Wohnungen im Oberbergischen Kreis gesehen. Die Ausschussmitglieder empfehlen in Gesprächen mit Wohnungsbauge-</p>	

	<p>sellschaften, insbesondere auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung ins Gespräch zu kommen und z.B. den Zuschnitt von Wohnungen mittel- und langfristig zu verändern.</p> <p>Im übrigen werden die Ausführungen zustimmend zur Kenntnis genommen. Es besteht Einvernehmen darüber, dass die Einrichtung der Fachberatungsstelle für Wohnungslose im Oberbergischen Kreis vor 10 Jahren ein richtiger Schritt war und diese einen wichtigen Beitrag im Hilfesystem der Wohnungsnotfallhilfe im Oberbergischen Kreis leistet.</p> <p>(Die Studien zur Wohnungsnotfallhilfe der GISS für den Oberbergischen Kreis und den Kreis Minden-Lübbecke finden Sie unter www.giss-ev.de)</p>
--	--

Zu TOP 4:	Vorstellung einer aktuellen Studie zur Gefährdungsbewertung von Alkohol und Drogen	0003/2011/III
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Herr Dr. Krolewski stellt in seiner Eigenschaft als Mitglied des Arbeitskreises Drogenhilfe im Oberbergischen Kreis das Ergebnis einer Studie über die Schädlichkeit von Drogen incl. Alkohol und Tabak unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf Konsumenten, Umwelt und Gesellschaft vor.</p> <p>Sein Vortrag ist der Niederschrift als <u>Anlage 2</u> beigelegt.</p> <p>Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Alkohol die gefährlichste Droge insgesamt ist und nahezu 3-fach gefährdender als Kokain oder Tabak. Die komprimierte Zusammenfassung der Studie unterstreicht lt. Herr Dr. Krolewski die besondere Bedeutung und Notwendigkeit von Präventionsmaßnahmen.</p> <p>In einem sich anschließenden Vortrag (siehe <u>Anlage 3</u> zur Niederschrift) berichtet Frau Karin Keller von der Fachstelle für Suchtvorbeugung über die aktuelle Präventionsarbeit und über geplante Aktivitäten im Bereich der Alkoholprävention im Oberbergischen Kreis.</p>	

	<p>Zielgruppen und Angebote (insbesondere für Multiplikatoren) werden detailliert dargestellt. Anschaulich werden die Projekte aufgezeigt. Sorge bereitet der Mitarbeiterin des Kreisgesundheitsamtes, dass Kinder und Jugendliche schon sehr früh erste Erfahrungen mit Alkohol machen. Der Erstkonsum findet im Durchschnitt mit 13,2 Jahren statt. Frau Keller verdeutlicht, wie wichtig es ist, hier rechtzeitig anzusetzen und gegenzusteuern.</p> <p>Frau Schuchardt-Kaganietz dankt Herrn Dr. Krolewski und Frau Keller für die informativen und interessanten Berichte. Es folgt eine Diskussion, an der sich insbesondere Frau Albowitz-Freytag, Frau Schuchardt-Kaganietz, Herr Söhnchen, Herr Brelöhr und Herr Dr. Naudorf beteiligen. Fragen werden von Frau Keller und Herrn Dr. Krolewski beantwortet. Die Präventionsarbeit der Fachstelle für Suchtvorbeugung wird positiv bewertet. Insbesondere die vielfältige Multiplikatorenschulung wird gelobt. Auch die vernetzte Arbeitsweise, in der auch die Bezirksbeamten einbezogen sind, wird positiv gesehen. Die Zusammenarbeit mit den Selbsthilfegruppen Sucht und deren Aktivitäten wird besonders hervorgehoben.</p> <p>Kritisiert wird die leichte Verfügbarkeit von Alkohol, zu der auch die verlängerten Ladenöffnungszeiten beitragen. Zudem sieht man die Notwendigkeit verstärkter Jugendschutzkontrollen.</p> <p>Abschließend besteht Einigkeit, dass der Präventionsarbeit im Suchtbereich auch zukünftig die gebührende Aufmerksamkeit zuteil werden muss und in diesem Bereich keine Einschnitte erfolgen dürfen.</p>
--	--

Zu TOP 4.1:	Ziele und Kennzahlen im NKF	0056/2011/III
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Herr Dr. Nürnberger führt in das Thema ein.</p> <p>Die Beratung von Zielen und Kennzahlen soll künftig den Haushaltsplanberatungen generell vorangestellt werden.</p> <p>Ziele und Kennzahlen sind als Arbeitsgrundlage zu verstehen.</p>	

	<p>Da der Kreistag zunächst die strategischen Ziele beschließen muss, erübrigt sich derzeit noch eine Beschlussfassung über die einzelnen operativen Ziele.</p> <p>Die Ausschussvorsitzende Frau Schuchardt-Kaganietz teilt diese Auffassung. Die Ausschussmitglieder schließen sich dieser Meinung an. Es besteht Einigkeit, im Laufe des Jahres anlassbezogen einzelne Ziele zu diskutieren bzw. in einem kontinuierlichen Prozess weiterzuentwickeln und fortzuschreiben. In der Sitzung des Ausschusses im November sollte das Thema auf die Tagesordnung gesetzt werden.</p>
--	---

Zu TOP 5:	Haushaltsplanberatungen	
Zu TOP 5.1:	<p>Haushaltssatzung 2011/Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014 Produktbereich: 1.02 Sicherheit und Ordnung (Produktgruppen: 1.02.10 Bevölkerungsschutz, 1.02.11 Rettungsdienst)</p>	0004/2011/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Die Ausschussvorsitzende ruft die Produktgruppen 1.02.10 Bevölkerungsschutz und 1.02.11 Rettungsdienst auf.</p> <p>Herr Hamm und Herr Koch weisen darauf hin, dass noch ein Veränderungsnachweis bis zur Kreistagssitzung erstellt wird. Die veränderten Zahlen werden sich jedoch auf die Ergebnisrechnung des Kreises nicht auswirken, da die Kosten über Gebühren finanziert werden.</p> <p>Auch bei den Investitionsmaßnahmen wird es Veränderungen geben, weil Maßnahmen auf die Jahre 2014/15 verschoben werden.</p> <p>Nach kurzer Diskussion, an der sich Herr Dr. Krolewski, Herr Schäfer, Frau Albowitz-Freytag und Herr Hastenrath beteiligen, fasst der Ausschuss bei 12 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen folgenden Beschluss:</p>	

Beschluss Nr. 3:

Der Kreistag beschließt die Haushaltsansätze der Produktgruppen 1.02.10 und 1.02.11 in der der vom Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz und Rettungswesen vorgeschlagenen Form (unter Berücksichtigung der von der Verwaltung angekündigten Veränderungsachweise).

Zu TOP 5.2:	<p>Haushaltssatzung 2011/Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014 Produktbereich: 1.07 Gesundheitsdienste (Produktgruppen: 1.07.01 Gesundheitsförderung, 1.07.02 Gutachten und Stellungnahmen, 1.07.03 Gesundheitshilfe, 1.07.04 Gesundheitsschutz) unter Einbeziehung von zwei Anträgen der Suchthilfeträger (Diakonisches Werk des Kirchenkreises Lennep vom 06.09.2010 und des Caritasverbandes für den Oberbergischen Kreis vom 11.10.2010) auf Anhebung der Kreiszuschüsse zu den Kosten der Suchtberatungsstellen.</p>	0005/2011/III
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Frau Schuachardt-Kaganietz schlägt vor, über die vorliegenden Anträge der Suchthilfeträger vorweg separat abzustimmen. Der Ausschuss schließt sich dieser Meinung an.</p> <p>Vor Einstieg in die Beratungen über die Anträge erklärt sich Herr Dr. Krolewski für befangen, da er im Rahmen eines Honorarvertrages als Arzt für ambulante Rehabilitation für Suchtkranke bei der Caritas tätig ist. Herr Dr. Krolewski nimmt im Zuschauerraum Platz.</p> <p>Die Ausschussvorsitzende weist sodann darauf hin, dass die Anträge der Suchthilfeträger auf eine erhöhte Kreisbezuschung bereits in der letzten Ausschusssitzung vorgelegt wurden und die Träger Gelegenheit hatten, die Anträge zu begründen. Herr Dr. Nürnberger erläutert noch einmal die derzeitige Finanzierungspraxis, die den Trä-</p>	

gern nicht mehr gerecht wird. Die Eigenanteile der Träger sind nach wie vor zu hoch und differenzieren sehr stark.

Die Verwaltung schlägt daher eine Neuregelung der Zuschussgewährung in Angleichung an die langjährige bewährte Praxis im Bereich des Sozialpsychiatrischen Dienstes und auch der nun praktizierten Förderpraxis im Bereich der Frühförderung vor. Danach sollten die tatsächlichen Personalkosten des vereinbarten Fachpersonals zuzüglich eines 12 %igen Zuschusses zu den Personalkosten zur Abgeltung der Verwaltungs- und Sachkosten übernommen werden. Die neue Art der Bezuschussung wäre mit jährlichen Mehrkosten für den Oberbergischen Kreis in Höhe von rd. 142.000 € verbunden.

(Die mit der Einladung übersandte Tabelle mit der Summe von rd. 130.000 € enthielt noch nicht die aktualisierten Vorausberechnungen der Träger für 2011!).

Herr Hastenrath und Herr Schäfer erklären für ihre Fraktion die Bereitschaft, die Anhebung der Kreiszuschüsse mitzutragen. Herr Hastenrath bittet jedoch die Verwaltung, in einer der nächsten Sitzungen einmal darzustellen, was es es kosten würde, wenn die Verwaltung die Aufgabe selbst übernehmen würde. Herr Schäfer erwartet, dass die neue Finanzierungsregelung bis zum Ende der Legislaturperiode Bestand haben muss und dass es keine weiteren Anträge geben wird. Frau Albowitz-Freytag erklärt, dass sie den Anträgen heute nicht zustimmen kann, da das Thema noch nicht in der FDP-Fraktion beraten werden konnte.

Der Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz und Rettungswesen empfiehlt darauf hin, **mehrheitlich (14 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, (1 Befangenheit))** dem Kreisausschuss/Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss Nr. 4:

Der Kreistag beschließt die Anhebung der Kreiszuschüsse an die Suchtberatungsstellen (Kirchenkreis Lennep und Caritasverband für den Oberbergischen Kreis). Ab dem Jahre 2011 werden die tatsächlichen Personalkosten des vereinbarten Fachpersonals gemäß der bestehenden Verträge zuzüglich eines 12 %igen Zuschusses zu den Personalkosten zur Abgeltung der Verwaltungs- und Sachkosten übernommen. Die Verträge sind hinsichtlich der neuen Finanzierungsregelung anzupassen und sollen mindestens bis zum Ende der Legislaturperiode 2014 Bestand haben. Die Verwaltung wird beauf-

trägt in einer der nächsten Sitzungen darzustellen, welche Kosten entstehen, wenn der Kreis die Aufgabe in Eigenregie wahrnehmen würde.

Frau Schuchardt-Kaganietz stellt sodann den Produktbereich 1.07 zur Diskussion. Es ergeben sich keine Fragen.

Der Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz und Rettungswesen empfiehlt daraufhin **mehrheitlich (10 Ja-Stimmen, 6 Enthaltungen)** dem Kreisausschuss/Kreistag folgenden Beschluss zu fassen:

Beschluss Nr. 5:

Der Kreistag beschließt die Haushaltansätze der Produktgruppen 1.07.01, 1.07.02, 1.07.03 und 1.07.04 in der vom Ausschuss für Gesundheit, Feuerschutz und Rettungswesen vorgeschlagenen Form (unter Berücksichtigung des zuvor getroffenen Beschlusses zu den Anträgen des Diakonischen Werkes des Kirchenkreises Lennep vom 06.09.2010 und des Caritasverbandes für den Oberbergischen Kreis vom 11.10.2010 auf Anhebung der Kreiszuschüsse zu den Kosten der Suchtberatungsstellen).

Zu TOP 6:	Anträge	
	Es liegen keine Anträge vor.	

Zu TOP 7:	Anfragen	
Zu TOP 7.1:	Veränderungen im Trauma-Konsensus Oberberg durch die Umstrukturierungen der Unfallchirurgie in Waldbröl; Anfrage der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 28.01.2011	0047/2011/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Herr Dr. Nürnberger verweist auf die als Tischvorlage ausliegende Beantwortung der Verwaltung.</p> <p>Herr Dr. Krolewski begründet noch einmal die Anfrage. Fragen von Frau Höfer, Herrn Schäfer, Herrn Peters und Frau Schuchardt-Kaganietz werden von Herrn Dr. Mühlenhaus ergänzend beantwortet.</p> <p>Es besteht der Wunsch, in einer der nächsten Ausschusssitzungen</p>	

	weitergehende Informationen zum Thema, , insbesondere auch Zahlenmaterial zu erhalten (ggfls. im nichtöffentlichen Teil der Sitzung).
--	---

Zu TOP 8:	Mitteilungen	
Zu TOP 8.1:	Mitteilung aus dem Bereich Rettungsdienst	
	<p>Herr Koch teilt mit, dass der allgemeine Ärztemangel sich auch auf die Situation und Verfügbarkeit von Notärzten im Rettungsdienst auswirkt.</p> <p>Bisher konnte das Problem einer mangelhaften Notarztstellung im Oberbergischen Kreis verhindert werden. Die Fachabteilung erstellt z.Z. eine Ist-Analyse zur Verfügbarkeit und Organisation von derzeit 5 Notarztstandorten.</p> <p>Ziel einer zukünftigen notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst des Oberbergischen Kreises ist eine professionelle und zukunftssichere Verfügbarkeit von Notärzten an den Notstandorten des Kreises.</p> <p>Hierzu wird die Fachabteilung ein Konzept erarbeiten und dies im nächsten Gesundheitsausschuss vorstellen.</p>	

B Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 9:	Anträge	
	Anträge zur Sitzung liegen im nicht öffentlichen Teil nicht vor.	

Zu TOP 10:	Anfragen	
	Anfragen zur Sitzung liegen im nichtöffentlichen Teil nicht vor.	

Zu TOP 11:	Mitteilungen	
	Mitteilungen zur Sitzung liegen im nichtöffentlichen Teil nicht vor.	

gez.

Doris Schuchardt-Kaganietz

- Vorsitzende -

gez.

Michael Lang

- Ausschussmitglied -

gez.

Alfred Latz

- Schriftführer -

gez.

Gesehen:

Hagen Jobi

- Landrat -

gez.

Dr. Jorg Nürnbergger

- Dezernent -